

Verfahrensvermerke

© Geobasisdaten: Kreis Minden-Lübbecke-Kataster- u. Vermessungsamt 15-BSN-015553 Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand 28.07.2015). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch

Minden, den

KREIS MINDEN-LÜBBECKE

Planverfasser

Entwurf und Anfertigung der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes- und Erschließungsplanes Nr. V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" erfolgte durch:

ILB Planungsbüro Rinteln

Rinteln, den 17.07.2017

Planverfasser

Der Rat der Stadt Petershagen hat in seiner Sitzung am 29.10.2015 die Aufstellung der 1. Änderung des vorhabenhabenbezogenen Bebauungsplanes V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich am

Perenshagen, den 18. Aug. 2017

08.12.2016 bekannt gemacht worden.



Frühzeitige Beteiligung

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB hat am 15.02.2016 in Form einer

Bürgerversammlung stattgefunden. Es wurde Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB hat mit Schreiben vom 27.01.2016 unter Fristsetzung bis zum 04.03.2016 stattgefunden.

Öffentliche Auslegung / Behördenbeteiligung

Der Rat der Stadt Petershagen hat in seiner Sitzung am 06.10.2016 den Entwurf der 1. Änderung des vorhabenhabenbezogenen Bebauungsplanes V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" sowie der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 08.12.2016 ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf und die Begründung haben vom 19.12.2016 bis zum 20.01.2017 öffentlich ausgelegen.

Die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 19.12.2016.

Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Petershagen hat die 1. Änderung des vorhabenhabenbezogenen Bebauungsplanes V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" nach Prüfung der Bedenken und Anregungen in seiner Sitzung am 14.07.2017 als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) sowie die Begründung inhaltlich

Dem Bebauungsplan wurde eine zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB beigefügt.

7. Sonstige Hinweise

Verdachtsflächen sind im Plangebiet nicht bekannt. Sollten bei den vorhabenbedingten Arbeiten Hinweise auf Abfalllagerungen, Boden- oder Grundwasserkontaminationen auftreten, ist die zuständige Wasser- und Abfallbehörde, Kreis Minden-Lübbecke, umgehend zu unterrichten, ggf. sind die Arbeiten zu unterbrechen.

Hinweis auf mögliche Bodenfunde

Wenn bei Erdarbeiten kultur- oder erdgeschichtliche Bodenfunde oder Funde (etwa Tonscherben, Metallfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossilien) entdeckt werden, ist nach §§ 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen die Entdeckung unverzüglich der Stadt Petershagen als untere Denkmalbehörde, Bahnhofstraße 63, 32469 Petershagen, Tel.: 05702/822-224 oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Bielefeld, Kurze Str. 36, 33613 Bielefeld, Tel.: 0521/52002-50, Fax: 0521/52002-39, E-Mail: lwl-archaeologie-bielefeld@lwl.org anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

Aufgrund der nahe gelegenen archäologischen Fundplätze (DKZ 3520,069 eisenzeitliche Siedlung; DKZ 352ü,068:A eisenzeitliches Gräberfeld; DKZ 3520,122 mittelalterliche Wüstung Bredelingen/Bredelage) ist eine bauarchäologische Begleitung der Erdarbeiten bei der Errichtung der Windkraftanlagen und ihrer Infrastruktur unbedingt notwendig. Durch die Auswertung historischer Karten und von Luftbildern durch das niedersächsische Institut für Denkmalpflege in Hannover ist eine bastionäre Befestigungslinie (DKZ 3520,239) bekannt geworden. Ihr Bereich ist von der Errichtung von Windkraftanlagen freizuhalten. Eine frühzeitige Benachrichtigung der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Bielefeld mit einer entsprechenden

Baufeldfreimachung

Terminabstimmung durch den Investor ist unerlässlich.

Die Rodung und das Freimachen des Baufeldes sowie das Herstellen der Zufahrtswege, Kranstellplätze und Fundamente hat gem. § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG außerhalb der Brutzeiten von Vögeln (1. März bis 30. September) zu erfolgen. Es wird empfohlen, nach Freimachen des Baufeldes geeignete Maßnahmen, wie z.B. die Errichtung von Bauzäunen zu ergreifen sowie an das Baufeld angrenzende Gehölzbestände und sensible Biotopbereiche besonders zu kennzeichnen und zu schützen. Nach Beendigung der Baumaßnahme sind die Schutzeinrichtungen zu beseitigen.

Vor Baubeginn ist von allen Bauflächen der Oberboden getrennt vom Unterboden abzutragen, fachgerecht zwischenzulagern und nach Beendigung der Baumaßnahmen wieder aufzutragen. Je nach geplanter Belastung, herrschender Witterung und Erosionsgefährdung sind in Abstimmung mit der örtlichen Bauleitung temporär genutzte Bauflächen vor Verdichtungen durch geeignete Maßnahmen wie Abtrag des Oberbo-dens und Einbau eines Vlieses und einer Schottertragschicht zu schützen. Nach Beendigung der Baumaßnahmen sind die Tragschichten zurück zu bauen und der verdichtete Boden zu lockern. Abgetragener und zwischengelagerter Oberboden ist wieder einzubauen. Fremdmaterial Hinsichtlich des Aspekts "baubedingte Bodenschadverdichtungen" sind diese durch sorgfältige Planung und Einsatz

geeigneter Schutzvorkehrungen zu verhindern. Ein schonender Umgang mit Boden und Bodenaushub bedarf dabei besonderer Fachkenntnisse, so dass die Heranziehung einer bodenkundlichen Baubegleitung empfohlen wird. Die bdenkundliche Baubegleitung übernimmt die Planung und Kontrolle von Maßnahmen zum Schutz des Bodens und ist gegenüber dem Vorhabenträger, den Baufirmen und den Behörden in allen Bauphasen beratend tätig. Die Aufgaben der "bodenkundlichen Baubegleitung" sind auf der Internetseite des Landesumweltamtes NRW beschrieben.

Hiermit wird bestätigt, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen sowie dem Vorhaben- und Erschließungsplan, mit dem Beschluss des Rates der Stadt Petershagen vom 14.07.2017 übereinstimmt.

Ausgefertigt: 18. Aug. 2017

Der Satzungsbeschluss zur Aufstellung der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 17.08.20

ortsüblich bekannt gemacht worden. Mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der 1. Änderung des 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" sind

- eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, - eine Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächen

nutzungsplanes und/oder - beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

schriftlich unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts nicht geltend gemacht worden.

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29.05.2017 (BGBI. I S. 1298) Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 23.01. 1990 (BGBI. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBI. I S. 1057)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 -PlanzV 1990), vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 BGL S1509. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017

Bauordnung für das Land NRW (Landesbauordnung - BauO NRW -) vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.05.2014 (GV. NRW. S. 294)

Gemeindeordnung NRW (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV. NRW. S. 966)

Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29.05.2017

Landesnaturschutzgesetz - (LNatSchG NRW) vom 15.11.2016, Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur

Stadt Petershagen



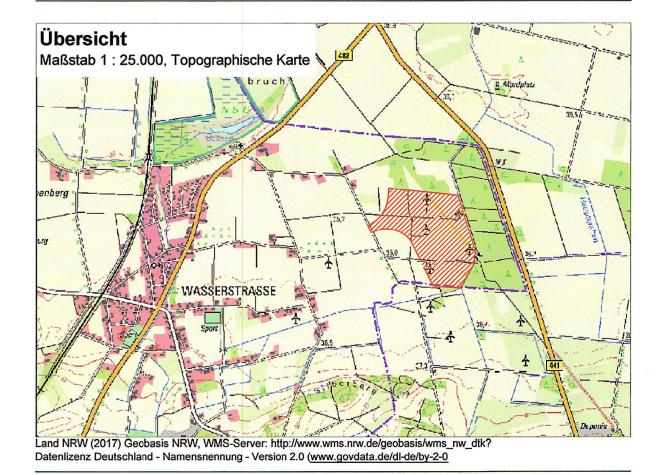
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. V 5 "Windenergienutzung Gemarkung Wasserstraße" 1. Änderung

Verfahrensträger

Stadt Petershagen Der Bürgermeister Bahnhofstraße 63 32469 Petershagen

Planverfasser

ILB Planungsbüro Rinteln Am Spielplatz 2 31737 Rinteln



Verfahrensstand

Beschlussfassung

17.07.2017